

## Beilage XLII.

# Bericht

des landtäglichen Schulausschusses über die Eingabe des Stadtrathes Bregenz um Subventionierung einer dort zu errichtenden Handelsschule aus Landesmitteln.

### Hoher Landtag!

In der V. Landtagsitzung am 19. Jänner wurde die Eingabe des Stadtrathes Bregenz um Subventionierung einer dort zu errichtenden Handels- und Gewerbeschule aus Landesmitteln dem landtäglichen Schulausschusse zugewiesen.

Schon seit Jahren strebt die Landeshauptstadt Bregenz eine staatliche Mittelschule an; anfänglich war ein staatliches Untergymnasium der Gegenstand ihres Verlangens. Nachdem ein dieses Ansuchen enthaltendes Majestätsgesuch abgelehnt worden, suchte die Stadtgemeinde in den Besitz einer staatlichen Gewerbeschule zu gelangen und die Erwirkung einer Subvention für eine damit zu verbindende Handelsmittelschule zu erlangen. Aber auch dieses zweite Gesuch wurde abweislich beschieden. In diesem ablehnenden Bescheide spricht der Herr Minister für Cultus und Unterricht seine principielle Geneigtheit aus, eine von den localen Factoren in's Leben zu rufende, normalmäßig auszugestaltende zweiklassige Handelsschule sammt kaufmännischer Fortbildungsschule nach Maßgabe der ihm zur Verfügung stehenden Mittel durch Ertheilung einer entsprechenden Subvention zu fördern.

Der Stadtrath Bregenz sucht den Beweis zu erbringen, daß eine derartige Anstalt eine Landesangelegenheit sei und ihren Platz nur in Bregenz haben könne, woselbst außer der eigenen Volks- und Bürgerschule keine weitere Lehranstalt sei. Der Stadtrath bekennt offen, daß er die Errichtung eines Staatsuntergymnasiums mit den größtmöglichen materiellen Opfern zu unterstützen bereit gewesen wäre, daß jedoch diese Opferwilligkeit bei Erreichung eines Zweckes, der den Anschauungen der Stadtvertretung weit weniger entspricht, eine wesentliche Einbuße erlitten habe und tritt somit an den Landes-Ausschuß mit der Bitte um eine jährliche, namhafte Subvention heran.

Der Schulausschuß ließ sich in seiner Berathung und Beschlußfassung hauptsächlich von folgenden Gesichtspunkten bestimmen:

1. Laut dem Gesuche beigezeichneten Lehrplanes würde einzig nur in der Vorbereitungsclassse Religion als obligater Lehrgegenstand gelehrt, während in der I. und II. Classe für Religion

- kein Platz mehr sein soll. Wenn nun aber die in socialer Hinsicht so wichtigen Stände des Handels und Gewerbes schon in jener Zeit, wo sie sich die fachliche Ausbildung erwerben sollen, gewöhnt werden, die Religion als etwas gänzlich unnöthiges anzusehen und folgerichtig sich nicht um die Forderungen der Religion bei Ausübung ihres Gewerbes zu kümmern, so kann eine solche Anstalt in geistiger, wie materieller Beziehung wenig Nutzen schaffen.
2. Die in unmittelbarer Nähe von Bregenz bestehende, trefflich geleitete Realschule des Cistercienserklosters Mehrerau zählte, wenigstens in früheren Jahren, auffallender Weise wenige Inländer dafür aber eine stattliche Zahl Ausländer unter ihren Frequentanten, so daß sich kaum mit Wahrscheinlichkeit ein starker Besuch dieser neuen Anstalt seitens des kleinen Landes erwarten läßt.
  3. Die Stadt Bregenz ist verhältnismäßig mit einem bescheidenen Schulbudget belastet, da es bedeutende Schulstiftungen besitzt und die Auslagen für den Unterricht der weiblichen Jugend, welchen die ehrwürdigen Frauen des Dominikanerinnenklosters Thalbach in hochherziger und uneigenmütiger, aber ebenso erfolg- und segensreicher Weise ertheilen, kaum in Betracht kommen.
  4. Die Stadtgemeinde Bregenz bezieht seitens der k. k. Staatsbahn jährlich eine Steuereinnahme von beiläufig fl. 18.000, welche der Natur der Sache nach eigentlich dem Lande zufließen sollte.

Wenn nun hierin auch mit der Zeit eine Änderung eintreten dürfte, so hätte doch die Landeshauptstadt schon aus diesen hohen Jahreseinnahmen einen sehr erheblichen Specialfond anlegen können.

5. Die Stadt Bregenz steht bereits seit einer langen Reihe von Jahren im Bezuge von fl. 1488 aus dem Normalschulфонде.

Es wäre nun wohl wünschenswert, daß durch ausreichende Subvention seitens der Regierung die Errichtung und Erhaltung einer wo möglich complete Handelschule sammt kaufmännischer Fortbildungsschule in der Landeshauptstadt ermöglicht würde. Das Land Vorarlberg besitzt eine reiche Industrie und eine ziemliche Zahl größerer Handelsleute, so daß mancher strebsame Sohn des Landes hinreichend Gelegenheit hätte, eine ordentliche Lebensstellung zu finden, wenn er sich die nothwendigen Kenntnisse im Handels- bezw. Gewerbewesen hätte erwerben können, während gegenwärtig viele derartige bessere Stellen durch qualifizierte Ausländer besetzt werden müssen.

In Anbetracht der oben dargelegten Gründe konnte der Schulausschuß jedoch das Gesuch des Stadtrathes Bregenz nicht aufrecht erledigen, wie sehr er auch von der Nützlichkeit einer Handelschule und kaufmännischen Fortbildungsschule überzeugt ist. Der landtägliche Schulausschuß stellt daher folgenden

### A n t r a g :

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Auf das Gesuch des Stadtrathes Bregenz um Subventionirung einer in Bregenz zu errichtenden Handels- sammt kaufmännischer Fortbildungsschule kann aus den im Berichte ausgeführten Gründen dormalen nicht eingegangen werden.“

Bregenz, den 29. Jänner 1895.

**Dr. Johann Zobl,**  
Obmann.

**Rudiger Vfr.,**  
Berichterstatter.

Hierzu stellt Herr Abgeordneter Dr. Waibel folgenden

**Minoritätsantrag:**

„Der Landesausschuß wird beauftragt, zum Zwecke der Errichtung einer 3klassigen Handelsschule für das Land Vorarlberg, mit dem Sitze in der Landeshauptstadt Bregenz, im Einvernehmen mit dem Stadtrathe von Bregenz, sowie der Vorarlbergischen Handels- und Gewerbekammer mit der k. k. Unterrichtsverwaltung in Verhandlung zu treten, und dem Landtage in der nächsten Session die geeigneten Vorschläge bezüglich der Betheiligung des Landes Vorarlberg an der Errichtung und Erhaltung einer solchen Unterrichtsanstalt zu unterbreiten.“

